

Unsere Woche im Landtag



Newsletter vom 16. Juli 2021

von Ihrem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl

Liebe Leserin,
lieber Leser,

es sind **verheerende Bilder der Flutkatastrophe**, die uns in den vergangenen Tagen aus Deutschland erreicht haben. Die Auswirkungen der Unwetter unter anderem in Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen könnten schlimmer nicht sein: Orte sind überflutet, sie wurden vom Stromnetz abgeschnitten und ganze Häuser weggespült. **Die Menschen kämpfen um ihr Hab und Gut –**



© Büro Pohl

viele werden zwischenzeitlich vermisst. So stieg die Zahl der Todesfälle nach den schweren Unwettern Ende der Woche von Stunde zu Stunde – bei Redaktionsschluss dieses Newsletters war das ganze Ausmaß der Katastrophe noch immer nicht absehbar. **Wir sind in Gedanken bei den Opfern und trauern mit den Betroffenen und ihren Angehörigen!**

Das alles zeigt uns sehr deutlich: Auch der Freistaat muss schneller in wirksame Hochwasserschutzmaßnahmen investieren. Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben den Weg für mehr Hochwasserschutz in Bayern bereits freigemacht und fordern, dass das Kabinett dem Flutpolderkonzept von Umweltminister Thorsten Glauber rasch zustimmt. **So kann der Schutz von über 120.000 Menschen mittels Flutpoldern verbessert werden.**

Dafür benötigen wir eine schnelle Entscheidung, denn das nächste Hochwasser kommt bestimmt – gerade in Zeiten des Klimawandels. Und jeder Zentimeter zählt. **Auch der Ministerpräsident steht in der Verantwortung: Er persönlich hat die Entscheidung für mehr Hochwasserschutz in Bayern unnötig verzögert.** Die CSU hat mit ihrer Blockadehaltung eine Lösung gerade an der Donau viel zu lange verschleppt.

Rückblick

Stärkung von Sozialunternehmen

Im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie wurde am 15. Juli unser Antrag **„Social Entrepreneurship sichtbar machen und unterstützen“** verhandelt. Unter der Voraussetzung, dass Social Entrepreneurship rechtssicher von gewerblichen Unternehmen unterschieden und reglementiert werden kann, ergeben sich aus unserer Sicht verschiedene Handlungsbedarfe. So wollen wir prüfen, ob Gründerinnen und Gründer von Sozialunternehmen **einer spezifischen Förderung bedürfen und für die Skalierbarkeit ihrer Angebote sowie ihr Wachstum besondere Rahmenbedingungen benötigen.** Denn Ziel dieser Betriebe ist es, **den Spagat zwischen ökonomischem Denken und sozialem Mehrwert zu schaffen.** Sie streben mit ihrer Geschäftsidee nicht in erster Linie Gewinnmaximierung an, sondern die Lösung eines gesellschaftlichen Problems. **Dabei wollen wir sie bestmöglich unterstützen.**

Sozialunternehmen können zur Bewältigung zahlreicher gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen, indem sie mittels kommerzieller Methoden innovative Lösungsansätze verfolgen. Dabei kann es sowohl um soziale als auch ökologische

Fragestellungen gehen. Hierzu zählen beispielsweise demografischer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration, stabile Demokratie, aber auch Klimawandel, Landwirtschaft und Heimatförderung.

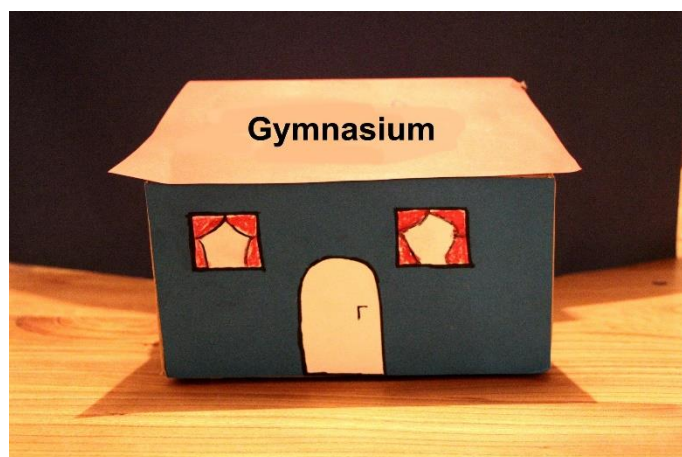


Impressum

G9 weiterentwickeln – gymnasiale Vielfalt erhalten

Der Elternbeirat des MGF Gymnasium Kulmbach hat eine Petition zur „**Sicherung des musischen Zweiges in der neuen Oberstufe des G9 an (teil-)musischen Gymnasien**“ in den Bayerischen Landtag eingebracht. Doch für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion stand die Vielfältigkeit der gymnasialen Oberstufe ohnehin nie zur Disposition: **Wir bekennen uns ausdrücklich und unverrückbar zum musischen Gymnasium und der gesamten gymnasialen Vielfalt als wertvollem Baustein der bayerischen Bildungslandschaft.**

Das gilt auch für die Ende 2019 in Eckpunkten vorgestellte, neue Qualifikationsphase der Oberstufe. Der musische Zweig steht in keiner Weise zur Diskussion. **Unsere musischen Gymnasien sind das hohe C der gymnasialen Bildung, eine unverzichtbare Tonart für den Kulturstandort Bayern.**

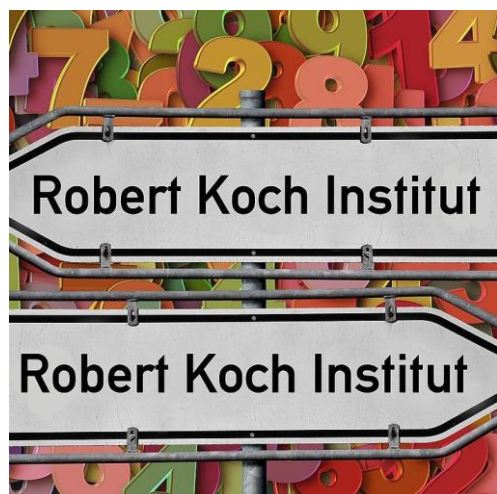


Es gibt keinerlei Anlass, aktuell von einer Verschlechterung der Situation im Stundenbudget auszugehen. Im Gegenteil: Durch die Fortführung der bewährten Gestaltungsfreiheit an den Schulen geben wir dem musischen Gymnasium bayernweit größtmöglichen Raum zum

lokalen Profil. Dazu gehört auch weiterhin und bewusst die Möglichkeit zur Bildung von Leistungsfächern ohne zentral vorgeschriebene Mindestgruppengrößen. Die Fortentwicklung des G9 in seiner gymnasialen Vielfalt begleiten wir als Fraktion der FREIEN WÄHLER politisch und in entsprechenden Plenarinitiativen proaktiv. **Wir verstehen uns als Denkfabrik für beste Bildung.** Anknüpfend an seit Monaten laufende, eingehende Beratungen in den zuständigen Arbeitskreisen starten wir noch diesen Sommer, rechtzeitig vor weiteren Weichenstellungen, **eine Dialogphase zur Zukunft der gymnasialen Vielfalt in Bayern.** Dazu zählt auch ein **Runder Tisch zur künftigen, besseren Profilierung der musischen Gymnasien in Bayern.**

Impressum

Inzidenzwert als „Mutter aller Zahlen“ hat ausgedient!



Das Robert-Koch-Institut hat am vergangenen Montag bekanntgegeben, dass es **neben der Inzidenz weitere Faktoren als Basis für die Entscheidung über Pandemie-Schutzmaßnahmen** einbeziehen möchte. Wir freuen uns sehr über diese Corona-Wende! Denn seit mehr als einem Jahr fordern wir, bei der Bekämpfung des Coronavirus nicht allein auf den Inzidenzwert zu setzen. **Vielmehr gilt es, Schutzmaßnahmen an der pandemischen Gesamtlage auszurichten.** Die frühere „Mutter aller Zahlen“ verliert wegen fortschreitender Durchimpfung der Bevölkerung, besseren Schutzes der Risikogruppen und geringerer Häufigkeit schwerer Verläufe oder gar Todesfällen an Aussagekraft. **Deshalb plädieren wir für das Konzept einer gewichteten Risikoinzidenz. Sie muss die Hospitalisierung, insbesondere die Auslastung der Intensivbetten, aber auch Durchimpfung, R-Wert und Positivrate der durchgeführten Tests berücksichtigen.** Gut, dass dies nun auch vom renommierten RKI so gesehen wird. Die Bundesregierung sollte dessen neue Empfehlung so rasch wie möglich umsetzen.

Wir fordern: Technologieoffenheit statt Fixierung auf Elektromobilität

Die EU-Kommission hat am vergangenen Mittwoch ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm vorgelegt: **Mit „Fit for 55“ will die Europäische Union bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 mindestens 55 Prozent CO₂-Treibhausgase einsparen.** Grundsätzlich ist dieses Vorhaben zu begrüßen. Es gilt allerdings, die hierfür vorgesehenen Maßnahmen zu diskutieren.



Impressum

Um dieses Ziel zu erreichen, will die EU die Zulassung von Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2035 verbieten. Dieses rigide Vorgehen und die Fokussierung auf einen strikt festgelegten Zeitpunkt empfinden wir als äußerst problematisch. Wir haben uns im Bayerischen Landtag stets für eine umfassende Technologieoffenheit ausgesprochen. **Mit ihrem geplanten Verbot von Verbrennungsaautos zwingt die EU-Kommission die Industrie mit Gewalt auf einen von ihr vorgeschriebenen Weg – und das ohne großen zeitlichen Spielraum.** CO₂-neutrale Flüssigkraftstoffe und Wasserstoff finden dabei keinerlei Berücksichtigung, obwohl diese ebenfalls wichtige Treibstoffe sind. Dies beschneidet internationale Marktchancen gerade des Automobilstandorts Bayern. Um eine Fokussierung auf den batterieelektrischen Antrieb überhaupt erst zu ermöglichen, fordern wir zunächst **einen parallel laufenden, flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur.** Wir müssen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern und darüber hinaus über einen verlässlichen Zugang zu Ladestationen verfügen. Erst dann können wir uns der Elektromobilität verstärkt zuwenden.

Aus meinem Stimmkreis

Kaufbeuren soll Außenstelle des KI-Produktionsnetzwerks werden

Bayern als industriellen Produktionsstandort unter den Vorzeichen des Klimawandels und wachsender internationaler Konkurrenz weiter zu stärken, ist erklärtes Ziel der von FREIEN WÄHLERN und CSU geführten Bayerischen Staatsregierung. Ein zentraler Baustein ist dabei die Hightech-Agenda des Freistaats, die in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft mit insgesamt zwei Milliarden Euro ausgestattet ist, um die Spitzenstellung Bayerns weltweit zu festigen.

Die beiden Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl und Johannes Hintersberger (Augsburg, CSU) haben gemeinsam eine Idee entwickelt, um Augsburg und das Allgäu als innovative Wirtschaftsregionen an diesem Prozess maßgeblich zu beteiligen. In Anlehnung an die KI-Fabrik der TU München, die im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) die wissenschaftlichen Grundlagen legen soll, haben sie für Schwaben eine KI-Werkstatt mit starker Anbindung an die produzierende Wirtschaft gefordert.

Impressum

Diese sollte zentral in Augsburg angesiedelt werden, Kaufbeuren war nach den Überlegungen der Abgeordneten als Außenstelle vorgesehen.



MdL Bernhard Pohl mit OB Stefan Bosse (links) und MdL Johannes Hintersberger. © Büro Pohl

[Hier gibt es den gesamten Artikel zu lesen.](#)

Bayerische Landesstiftung stimmt Förderanträge zu - 195.000 Euro Gesamtzuschüsse für Allgäuer Projekte bewilligt

Die Bayerische Landesstiftung fördert nicht nur Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von bedeutenden Bau- und Kunstdenkmälern in unserer Region, auch werden Baumaßnahmen von bedeutenden sozialpolitischen Projekten gemeinnütziger oder öffentlicher Träger, vor allem der Alten- und Behindertenhilfe unterstützt.

Wer alles eine Förderung aus dem Ostallgäu, Unterallgäu und der Stadt Kaufbeuren erhält, erfahren Sie [hier](#).

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende!

Impressum

Bernhard Pohl, stellv. Fraktionsvorsitzender | Mitglied des Bayerischen Landtags
Abgeordnetenbüro | Gutenbergstraße 2a | 87600 Kaufbeuren